



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller, Klaus Adelt, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Horst Arnold, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2023;

hier: Verbesserung der Personalausstattung der bayerischen Wasserwirtschaftsämter durch die Schaffung 14 neuer Stellen (Kap. 12 77 Tit. 422 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 12 77 (Wasserwirtschaftsämter) wird der Ansatz im Tit 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) von 43.795,9 Tsd. Euro um 557,1 Tsd. Euro auf 44.353,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Mittel dienen der Finanzierung von zusätzlichen 14 Stellen im Bereich der Wasserwirtschaftsämter. Sie sollen in den BesGr. A 9 (6 Stellen) und A 10 (8 Stellen) ausgebracht werden und können ab April 2023 besetzt werden.

Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Begründung:

Im Haushaltsplan 2023 sind für die Wasserwirtschaftsämter insgesamt zwar mehr Stellen ausgewiesen als im Jahr 2022. Die neu ausgewiesenen Stellen für planmäßige Beamte reichen jedoch bei Weitem nicht aus, um den Anforderungen für einen guten Hochwasserschutz gerecht zu werden.

Aus fachlicher Sicht ist vor allem eine Verstärkung der Wasserwirtschaftsämter für die BesGr. A 9 und A 10 zum 01.04.2023 sinnvoll. Insbesondere im Bereich der Flussmeisterstellen dienen sie dazu, einen effektiven Schutz für Bayerns Bürgerinnen und Bürger vor Hochwasser und Sturzfluten zu gewährleisten. Vor allem im Bereich der Flussmeisterstellen sowie beim Personal zur Konzeption öffentlich-rechtlicher Wasserverbände zur Bewässerung von Sonderkulturen in Trockengebieten ist eine Aufstockung notwendig.

Die Unwetterkatastrophe 2016 und die dadurch ausgelösten Sturzfluten in Bayern haben sieben Menschenleben gekostet, Milliarden Schäden verursacht und Bürger an den Rand ihrer Existenz gebracht. Diese Ereignisse, am schlimmsten in Niederbayern, aber auch in anderen Teilen Bayerns, in Franken und Oberbayern, haben gezeigt, dass auf die Wasserwirtschaftsämter weitere zahlreiche Herausforderungen zukommen. Die Hochwasserschutzstrategie des Freistaates Bayern soll ausgeweitet werden. Zum einen soll die Beratung der Kommunen, eine der Aufgaben der Wasserwirtschaftsämter, ausgebaut werden, zum anderen sollen spezielle Hochwasserrisikokarten für Kommunen vorgelegt werden und die Kommunen bei der Überwachung ihrer Stauanlagen unterstützt werden.